



Konrad  
-Adenauer-  
Stiftung

# Focus Brasilien

Nr. 7 / 2005 – 23. August 2005

Studienzentrum Rio de Janeiro  
Leiter: Dr. Wilhelm Hofmeister

## Brasilien seit mehr als 100 Tagen im Bann der politischen Krise – und kein Ende in Sicht

von Wilhelm Hofmeister

***Immer neue Anschuldigungen richten sich gegen die Arbeiterpartei PT und Mitglieder der Regierung von Präsident Lula da Silva, der bisher stets zu spät und zu zaghaft auf die Vorwürfe reagierte. Mehrere parlamentarische Untersuchungsausschüsse bemühen sich um Aufklärung und lähmen das Parlament. Eine politische Reform könnte die Ursachen der aktuellen Krise bekämpfen, doch den Parlamentariern fehlen der Wille und die Autorität dazu. Bis zum Ende der Wahlperiode Ende 2006 ist kaum ein Ende der Krise in Sicht. Die Wiederwahl von Präsident Lula ist fraglich.***

Jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag hat der brasilianische Fernsehzuschauer die Qual der Wahl. Nicht, welche Seifenoper er einschalten soll, stürzt ihn in Verzweiflung, sondern die Mehrzahl der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, die parallel tagen und deren Verhandlungen von mehreren Kanälen direkt aus Brasilia übertragen werden: Soll er den Untersuchungsausschuss über die Post einschalten, der Korruption und Veruntreuung in öffentlichen Unternehmen nachgeht und feststellen will, wie die veruntreuten Mittel in Politiker- und Parteikassen flossen? Oder dem Ausschuss, der die Monatszahlungen an Abgeordnete untersucht, die dafür die Regierungsvorlagen im Parlament abnickten? Oder lieber den Bingo-Ausschuss, der illegale Wahlkampfspenden aus dem Glücksspielbereich an die PT aufspüren will und ob der übrigen Ausschüsse fast schon in Vergessenheit geraten wäre, wenn nicht plötzlich vor diesem Tribunal neue Vorwürfe bekannt geworden wären, die sich jetzt erstmals auch gegen Finanzminister Palocci richten. Für welchen Untersuchungsausschuss sich der Fernsehzuschauer auch entscheiden mag - zwei Dinge sind für die meisten Brasilianer mittlerweile offensichtlich:

- Erstens, die Arbeiterpartei und führende Regierungsmitglieder, an ihrer Spitze der bisherige Kabinettschef und starke Mann der Regierung, José Dirceu, haben seit der Wahl von Lula da Silva mit immensen Summen den Parteiwechsel von Angeordneten und die Unterstützung von Parteien und Angeordneten im Parlament erkaufte. Auch wenn längst noch nicht bekannt ist, um wie viel Geld es geht, ist doch offensichtlich, dass ein Teil des

Geldes aus Veruntreuung öffentlicher Mittel in staatlichen Unternehmen stammt, teilweise in Form überhöhter Honorarverträge mit Werbefirmen, die das Geld an die Politik weiterreichten. Ein anderer Teil kommt aus bislang noch dunklen Quellen, darunter u.a. illegale Spenden von Unternehmen. Zudem hat die PT bereits während des Wahlkampfes illegale Spenden erhalten und in einer *caixa dois*, einer „zweiten Kasse“, verwaltet, die bei der Vorlage der Wahlkampfkostenaufstellung dem Wahlgericht verheimlicht worden war. Aus dieser zweiten Kasse wurden während des Wahlkampfes ebenfalls illegale Überweisungen an andere Parteien für die Überlassung von Fernsehzeiten bzw. die öffentliche Unterstützung des Kandidaten Lula getätigt. Die Summe aller illegalen und veruntreuten Mittel kann die Marke von 100 Millionen Euro erreichen!

- Zweitens: trotz der mittlerweile aufgedeckten beachtlichen Vielzahl an Fakten und Personen, die als Drahtzieher, Auftraggeber, Vermittler oder Empfänger an den illegalen Spenden, Veruntreuungen und Zahlungen beteiligt waren, sind noch keineswegs alle Fakten bekannt. Es wird erwartet, dass weitere Vorgänge bekannt werden und weitere Personen in den Skandal verwickelt sind. Ein Ende der Affäre ist noch lange nicht in Sicht. Politik findet in Brasilien – voraussichtlich bis zu den Wahlen im Oktober nächsten Jahres – in erster Linie in Form von Untersuchungsausschüssen, Anschuldigungen und Dementis statt. Viele wichtige Projekte, die für die Entwicklung des Landes entschieden werden müssten, bleiben dabei auf der Strecke.

### **Mit einer Entschuldigung kann sich Präsident Lula der Affäre nicht entziehen.**

Zu spät und zu zaghaft. So hat Brasiliens Präsident Lula da Silva von Anfang an auf die Vorgänge und Vorwürfe reagiert, die das Land in seine schwerste politische Krise seit dem Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Collor de Mello 1992 stürzten. In der Tat mehren sich in den letzten Wochen und Tagen die Vergleiche mit jenem Präsidenten; das für und wider eines impeachment-Verfahrens gegen Präsident Lula wird diskutiert; nur an einem gibt es mittlerweile keine Zweifel mehr: dass seit dem Amtsantritt des Sozialisten Lula da Silva im Januar 2003 ungemein mehr Geld im Spiel ist und veruntreut wurde als zur Zeit von Collor. Einen wesentlichen Unterschied zu 1992 gibt es aber (bisher noch): der Präsidenten wird noch nicht direkt mit den Vorgängen und Veruntreuungen in Verbindung gebracht. Allerdings haben jüngste Verlautbarungen auch die Person des Präsidenten etwas näher an die Krise rücken lassen. Der Wahlkampf- und Werbeberater Lulas und der PT, Duda Mendonca, hat einem der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse mitgeteilt, wie ihm sein Millionen-Honorar aus der *caixa dois*, der „zweiten Kasse“, auf Bankkonten in karibischen Steuerparadiesen gezahlt wurde. Der Präsident der Koalitionspartei PL, Costa Neto, der mittlerweile schon sein Parlamentsmandat niedergelegt hat, behauptete in einem Interview mit der Zeitschrift „Epoca“, Präsident Lula habe von den Zahlungen an die PL während des Wahlkampfes gewusst; allerdings konnte er für diese Behauptung keine Beweise vorlegen. Die PL (Partido Liberal) ist die Partei von Vizepräsident José Alencar. Während des Wahlkampfes vor drei Jahren war die Allianz zwischen PT und PL für den späteren Wahlsieg von Lula von großer Bedeutung, weil die konservative PL und der Großunternehmer Alencar wesentlich mit dazu beitrugen, den linken Gewerkschaftsführer Lula da Silva bei gemäßigten Wählerschichten und im Unternehmerlager gesellschaftsfähig zu machen.

Die Oppositionsparteien hatten den Präsidenten seit Ausbruch der Krise nicht attackiert, weil einerseits keine Vorwürfe unmittelbar gegen ihn vorlagen und weil andererseits seine Popularität noch sehr hoch war, so dass sich eventuelle Kritik an der Person des Präsidenten gegen die Kritiker richten konnte. Nach den Aussagen seines Wahlkampf- und Werbeberaters und den Behauptungen Costa Netos konnte der Präsident nicht mehr so tun, als ginge ihn die Krise nichts an. Sichtlich nervös hielt er am Freitag, den 12. August, gegenüber seinem Kabinett eine knappe Ansprache, die per Fernsehen und Radio übertragen wurde. Nach einer Begrüßung der neuen Kabinettsmitglieder und einer Aufzählung bisheriger Leistungen seiner Regierung erklärte der Präsident:

*„ Mir ist die Schwere der politischen Krise bewusst. Sie betrifft das gesamte brasilianische Parteiensystem. (...) Ich will Euch mit aller Offenheit sagen, ich fühle mich betrogen. Betrogen durch inakzeptable Praktiken, von denen ich niemals Kenntnis hatte. Ich bin indigniert durch die Aufdeckungen, die täglich erscheinen und das Land schockieren. Die PT wurde gegründet, gerade um die Ethik in der Politik zu stärken und an der Seite des Volkes und der Mittelschichten unseres Landes zu kämpfen. (...) Wenn es in meiner Macht stünde, würden die Verantwortlichen für diese Situation identifiziert und exemplarisch bestraft. Weil ich der Präsident bin, habe ich die Pflicht, den Rechtsstaat zu wahren. Brasilien hat solide demokratische Institutionen. Der Kongress erfüllt seinen Teil, die Gerichtsbarkeit erfüllt ihren Teil. Meine Regierung geht durch die Bundespolizei allen Anschuldigungen nach. Ich habe von Anfang an entschieden, dass niemand geschont wird, gehöre er zu meiner Partei oder nicht, sei er Alliiertes oder in der Opposition. (...) Auch ohne vorab zu verurteilen, habe ich diejenigen, die in Bezug auf mögliches Fehlverhalten erwähnt wurden, sofort entlassen, um alle Untersuchungen zu erleichtern. (...) Zum Schluss möchte ich gerne dem brasilianischen Volk sagen, dass ich mich nicht schäme dem Volk zu sagen, dass wir uns entschuldigen müssen. Die PT muss sich entschuldigen. Die Regierung, wo sie Fehler machte, muss sich entschuldigen, weil das brasilianische Volk, das Hoffnung hat, das an Brasilien glaubt und das von einem Brasilien mit starker Wirtschaft, mit Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung träumt, nicht zufrieden sein kann mit der Situation, die unser Land erlebt.“*

Mit diesen Worten konnte sich Präsident Lula jedoch nicht aus der Affäre ziehen. In vielen Medien wurde kritisch bemerkt, dass er bei seiner Entschuldigung die unpersönliche „wir“-Form gewählt hatte, dass er keinen beim Namen nannte, von dem er sich betrogen fühlte, und dass er auch - entgegen seiner Behauptung - keineswegs die Beschuldigten entlassen hatte, diese vielmehr selbst um ihre Entlassung gebeten hatten (wie die Minister José Dirceu und Gushiken).

Innerhalb der Opposition gab es daher zunächst einige Stimmen, die den Zeitpunkt für die Einleitung eines *impeachment*, eines Amtsenthebungsverfahrens, für gekommen hielten. Dafür aber gab es wenig Unterstützung, weil bisher keine illegalen oder unkorrekten Vorgänge bekannt sind, mit denen der Präsident nachweislich in Verbindung zu bringen wäre. Zudem gibt es noch keine öffentliche Stimmung zugunsten eines *impeachment*-Verfahrens. Zwar haben einige linksextreme Oppositionsparteien bei einer Kundgebung in Brasilia in der vorletzten Augustwoche auch den Präsidenten verbal angegriffen, doch eine größere Demonstration des Gewerkschaftsdachverbandes CUT, der Landlosenbewegung MST und des Studentenverbandes UNE hat sich nur allgemein gegen Korruption ausgesprochen, dafür aber den Präsidenten ausdrücklich unterstützt.

Ein weiteres Argument gegen ein impeachment ist die ungeklärte Nachfolge-Frage. Im Falle eines impeachment gegen Lula müsste möglicherweise auch gegen Vizepräsident Alencar ein Verfahren eingeleitet werden, weil er eventuell auch von den illegalen Wahlspenden wusste. Dann wäre der Präsident des Abgeordnetenhauses Severino Cavalcanti an der Reihe. Dieser hat zwar schon erklärt, er fühle sich für die Übernahme der Präsidentschärpe vorbereitet. Doch eigentlich will niemand diese etwas pittoreske Persönlichkeit als Hausherrn im Palácio de Planalto sehen. Zudem ist verfassungsrechtlich nicht eindeutig geklärt, ob der Kammerpräsident bis zum regulären Ende der Wahlperiode im Amt wäre oder unverzüglich Wahlen einberufen müsste. Andererseits: die politische Krise der Regierung nahm in gewisser Weise mit der Wahl Cavalcantis zum Kammerpräsidenten ihren Ausgang. Warum sollte sie nicht damit enden, dass Cavalcanti Staatspräsident wird?

Präsident Lula hat bei all diesen Fragen und Vorgängen kaum Handlungsfreiheit. Wie schwach seine Position zurzeit ist, mag man daran ermessen, dass die Regierung im Senat eine Abstimmung über die Festlegung des Mindestlohnes verlor; selbst Senatoren der PT versagten der Regierung ihre Unterstützung.\* Die Regierung musste im Abgeordnetenhaus dafür kämpfen, dass der Mindestlohn wieder geringer angesetzt wurde – eine unpopuläre, aber aufgrund der öffentlichen Haushaltssituation unvermeidliche Maßnahme, die u.a. deshalb eine Mehrheit fand, weil auf persönliche Anweisung von Präsident Lula (wie gut unterrichtete Kreise behaupteten) verschiedene Ministerien rasch ca. 1 Milliarde Reais (ca. 330 Millionen Euro) für Projekte von Parlamentariern, vor allem Infrastrukturmaßnahmen, freigaben. Dem Präsidenten und der PT aber wird die „Kürzung“ des Mindestlohnes in späteren Wahlkämpfen sicherlich noch vorgeworfen.

Unterdessen sucht Präsident Lula den Kontakt mit dem Volk. Ruhelos reist er durchs Land, um Straßen oder Brücken einzuweihen, Firmen zu besuchen oder Regierungsprogramme zu verkünden. Dabei schweigt er sich nach Möglichkeit über die Vorgänge in Brasília aus. Oder aber er macht auch schon einmal eine undefinierte „Elite“ für die Vorgänge verantwortlich.

Solche populistischen Fluchtversuche vor der Wirklichkeit werden allerdings von den Medien sehr kritisch wahrgenommen. Als der venezolanische Präsident Hugo Chavez anlässlich eines informellen Abendessens in Brasília in einer kurzen Stellungnahme die „traditionalistische Elite“ für die Krise verantwortlich machen wollte, hagelte es Proteste seitens der Medien ob solch ungebührlicher Einmischung in interne Verhältnisse. Eine andere, eher hinter vorgehaltener Hand gestellte Frage, blieb bei dem Chavez-Besuch offen: ob möglicherweise auch Zuwendungen aus Venezuela in die „zweite Kasse“ der PT während des Wahlkampfes gelangten... erinnert wird nun auch wieder daran, dass im März des Jahres ein ehemaliger Mitarbeiter des Geheimdienstes vor einem Parlamentsausschuss behauptet hatte, die PT habe Wahlkampfmittel von den kolumbianischen FARC in Höhe von 5 Millionen US\$ erhalten. Dieser Vorgang war damals allerdings rasch wieder aus den Medien verschwunden.

---

\* Der Präsident hatte den Mindestlohn ab 1. Mai auf 300,- Reais festgelegt, ein Senatsausschuss erhöhte ihn auf 384,29 Reais.

## Die schwierige Zukunft der PT

Neben der Regierung ist die Arbeiterpartei PT von der Krise nachhaltig betroffen. Wie und ob die Partei die Krise überleben wird, ist zurzeit völlig offen. Da mittlerweile verschiedene Verstöße der PT gegen die Wahl- und Parteiengesetzgebung bekannt geworden sind, weil die Partei eine illegale „zweite Kasse“ führte, aus der sie vor und nach der Wahl Werbeberater und Alliierte bezahlte, und weil die Partei für all diese Zahlungen Schulden aufnahm, die zum Teil aus den Veruntreuungen bei den öffentlichen Unternehmen allmählich abgezahlt wurden, diese Form der Schuldentilgung nun aber unterbrochen wurde, ist die PT jetzt nicht nur hoch verschuldet, sondern muss zudem damit rechnen, keine weiteren Mittel mehr aus dem staatlichen Parteienfonds zu erhalten bzw. bereits erhaltene offizielle staatliche Mittel zurückzuzahlen. Die PT steht damit vor dem finanziellen Bankrott.

Daneben befindet sich die Partei in einer komplizierten Personaldiskussion. Nach dem Rücktritt des Parteivorsitzenden José Genoïno hat der bisherige Bildungsminister Tarso Genro bis zu den Vorstandsneuwahlen am 18. September vorläufig die Parteiführung übernommen. Allerdings übt der bisherige starke Mann in Partei und Regierung, José Dirceu, weiterhin großen Einfluss aus und seine Anhänger besitzen noch viel Macht in den Parteigremien. Die Ethikkommission der PT hat sich geweigert, die beschuldigten Parteimitglieder, darunter Dirceu, zu verurteilen. Genro hat Dirceu zwar aufgefordert, seine Ambitionen aufzugeben, doch war dieser dazu bisher noch nicht bereit.

Andererseits wurde bekannt, dass auch die PT im Bundesstaat Rio Grande do Sul eine verdeckte Wahlkampfanleihe über eine Million R\$ (ca. 330.000 Euro) bei dem Werbeberater Marcos Valerio aufgenommen hatte. Genro war damals Gouverneurskandidat seiner Partei. Das Bekanntwerden der Anleihe hat seine Position nicht gestärkt. Genro lässt es deshalb offen, ob er tatsächlich die Parteiführung übernehmen will. Bei seinem Verzicht wird sich ein anderer Kandidat aus dem gemäßigten Block der Partei finden. Unwahrscheinlich ist es, dass ein Vertreter einer linken Liste die Führung der PT übernehmen kann.

Etliche Abgeordneten und wohl auch einige Senatoren der PT überlegen offensichtlich ernsthaft ihre Partei zu verlassen. Während der Aussagen von Werbeberater Mendonca standen die Vertreter des „unabhängigen“ PT-Flügels weinend im Parlamentsfoyer.

Viele Mitglieder haben die PT anscheinend mittlerweile verlassen. Allerdings ist nicht genau zu beziffern, in welchem Maße die Struktur der Partei von der Krise betroffen ist. Ihrem Anspruch aber, eine neue ethische Haltung in der brasilianischen Politik zu vertreten, kann die PT nicht mehr glaubwürdig gerecht werden. In der Gesellschaft hat sie viel Unterstützung verloren. Selbst Präsident Lula geht in den letzten Tagen deutlich auf Distanz zu seiner Partei, die als Zentrum der Krise identifiziert ist. Allerdings hat er bisher noch stets vermieden einzelne Personen namentlich zu kritisieren bzw. zur Aufgabe ihrer Parteiämter aufzufordern.

In welcher Verfassung die PT aus der aktuellen Krise kommen und in den Wahlkampf ziehen wird, ist vollkommen ungewiss.



## Popularitätseinbußen des Präsidenten und der Regierung

Die Popularitätstouren von Präsident Lula ins Landesinnere konnten einen Imageverlust seiner Regierung nicht verhindern. Gemäß einer von der Zeitung *Folha de São Paulo* am 12. August veröffentlichten Umfrage des Instituts *Datafolha* vom 10. August hatte die Regierung ihre bislang geringste Zustimmungsrate.

### Bewertung der Regierung von Präsident Lula da Silva

Bewertung	12/2002	8/2003	12/2003	8/2004	12/2004	8/2005
gut / exzellent	76%	45%	42%	35%	45%	31%
durchschnittlich	16%	42%	41%	45%	40%	41%
schlecht / sehr schlecht	3%	10%	15%	17%	13%	26%
Ohne Antwort	4%	3%	2%	3%	2%	2%

Bei einer ebenfalls im Rahmen der Umfrage durchgeführten Simulation von Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006 sah es erstmals so aus, als ob der Bürgermeister von São Paulo, José Serra (PSDB), gegen Präsident Lula im zweiten Wahlgang gewinnen könnte. Allerdings handelt es sich bei solchen Simulationen zurzeit noch eher um Spekulationen ohne gesichertes Fundament.

Gewiss wird José Serra mit solchen Umfragewerten ernsthafter über eine nochmalige Präsidentschaftskandidatur nachdenken. Aber auch der Gouverneur von São Paulo Geraldo Alckmin hat in jüngster Zeit seine Ambitionen hinsichtlich einer Präsidentschaftskandidatur der PSDB deutlicher artikuliert. Auf jeden Fall scheint gewiss, dass Lula da Silva keineswegs eine Wiederwahl so einfach erreichen kann, wie es noch vor wenigen Wochen schien. Angesichts des Fehlens eines dominierenden Kandidaten ist damit zu rechnen, dass 2006 wesentlich mehr Präsidentschaftsbewerber antreten werden als vier Jahre zuvor. Die gegenwärtige politische Krise kann daher durchaus die Zersplitterung des brasilianischen Parteiensystems und damit gleichzeitig eine ihrer Ursachen eher noch bestärken.

### Politische Reform erneut vor der Vertagung

Die mittlerweile bekannt gewordenen Fakten bekräftigen die Ansicht vieler Beobachter und Kommentatoren und nicht zuletzt auch etlicher Politiker in Parlament und Regierung, dass eine wesentliche Ursache der aktuellen Krise in dem brasilianischen Wahlsystem zu suchen ist. Die Diskussion über eine politische Reform wurde dadurch angeregt und wird in verschiedenen Zirkeln, in Medien und Parlament sehr intensiv geführt. Doch aller Voraussicht nach, wird das Parlament nicht die Kraft aufbringen, eine Reform zu entscheiden, die mehr ist als ein wenig neue Maniküre auf dem alten Gesicht des bisherigen Wahl- und Parteienrechts.

Das brasilianische Wahlsystem hat offene Listen auf der Ebene der Bundesländer. Zwar bestimmen die insgesamt für eine Partei bzw. ihre Kandidaten entfallenden Stimmen über die Mandatszahl einer Partei, doch die Anzahl der Persönlichkeitsstimmen für einen Kandidaten entscheiden, wer in das Parlament einzieht. Die Parteiliste ist nicht ausschlaggebend. Der

Wähler hat also die Möglichkeit, die Zusammensetzung der Parteiliste zu verändern. Das ist zwar auf den ersten Blick demokratisch, schadet aber den Parteien und letztlich der brasilianischen Demokratie.

Das Wahlsystem fördert die Persönlichkeitswahl zu lasten der Parteien. Um gewählt zu werden, müssen Kandidaten ihre Person und nicht die Partei in den Vordergrund stellen. Und weil es keine begrenzten Wahlkreise gibt, müssen die Kandidaten in einem ganzen Bundesland für sich werben, um so aus allen Landesteilen Persönlichkeitsstimmen zu gewinnen, die ihnen den Einzug ins Parlament über die Parteiliste ermöglicht. In ihrem Bemühen um Aufmerksamkeit investieren die Kandidaten immense Summen in den Wahlkampf, in Plakate (die nicht nur in einem engen Wahlkreis aufgestellt werden müssen, sondern eben landesweit), in Radio- und Fernsehwerbung auf Landesebene, in sogenannte „*showmícios*“, das sind Bühnenshows mit Künstlern und Tänzerinnen, die die Aufmerksamkeit des Publikums wecken und bei denen die politische Botschaft nur am Rande eine Rolle spielt, in die Verpflichtung eines Heeres bezahlter Wahlhelfer, in Werbeberater und Wahlgeschenke wie T-Shirts, Mützen etc. Ein solcher Wahlkampf verschlingt Unsummen von Geld. Zur Finanzierung eines solchen Wahlkampfes haben viele Kandidaten, die nicht über genügend Eigenmittel verfügen, nur wenige Alternativen: entweder sie verschulden sich maßlos und versuchen dann nach erfolgter Wahl während der Legislaturperiode möglichst viel „Kasse zu machen“, um die Schulden zurück zu zahlen und Rücklagen für den nächsten Wahlkampf zu bilden, oder sie lassen sich den Wahlkampf von Unternehmen oder Interessengruppen finanzieren, denen sie dann nach der Wahl ausgeliefert sind. Auf jeden Fall wird trotz strikter gesetzlicher Bestimmungen ein wesentlicher Teil der Wahlkampffinanzierung gegenüber dem Wahlgericht und der Öffentlichkeit verschwiegen.

Dieser Finanzbedarf hat das Verhalten der PT sowie das der Abgeordneten, die den „*mensalão*“, den zusätzlichen Monatsbätzen und andere Zuwendungen kassierten, stark beeinflusst. Daneben spielten natürlich auch noch andere Faktoren der politischen Kultur und Tradition eine Rolle, etwa die Einstellung, möglichst rasch und möglichst viel Profit aus einer privilegierten Position zu ziehen.

Eine Änderung des Wahlsystems, die auf eine Stärkung der Parteien abzielt, könnte wahrscheinlich einige Auswüchse des gegenwärtigen Systems ausmerzen. Geschlossene Listen und die Einführung von Wahlkreisen würde den Persönlichkeitsaspekt der Wahl relativieren und könnte auch zu einer festeren Parteitreu, d.h. weniger Parteiwechsellern, beitragen. In der Verfassungskommission des Abgeordnetenhauses wurde ein Projekt befürwortet, das u.a. die Einführung von geschlossenen Listen, sowie Neuregelungen bei der Wahlkampffinanzierung und die Sicherung der „Parteitreu“ durch die „Bestrafung“ von Parteiwechsellern vorsieht. Allerdings hat dieses Projekt keine Aussicht auf Zustimmung durch das Plenum des Kongresses.

Im Senat wurde nun am 18. August eine minimale Wahlreform befürwortet, die allerdings nur auf eine zeitliche Verkürzung des Wahlkampfes und eine Reduzierung der Wahlkampfkosten abzielt, was durch eine Verkürzung der Fernsehzeiten, eine vorgeschriebene Vereinfachung der Werbespots, das Verbot von *showmícios* und die Beschränkung von Wahlkampfspenden erreicht werden soll. Auch wenn das Plenum des Kongresses dieses Projekt möglicherweise noch verabschiedet, ist bereits jetzt abzusehen, dass es weder die strukturellen Probleme

des brasilianischen Wahlsystems beseitigen noch entscheidend zu mehr Transparenz im Wahlkampf beitragen wird. Die politische Klasse wird gegenüber der Öffentlichkeit behaupten etwas geändert zu haben, um genau so weiter zu verfahren wie bisher.

## **Am Ende alles Pizza?**

„*Tudo termina em pizza*“ – alles endet als Pizza, ist eine Redewendung in Brasilien, mit der das Versanden von Affären in den endlosen Instanzen der Justiz, der Bürokratie oder der Politik beschrieben wird, ohne dass die Verantwortlichen für Amts- oder Machtmissbrauch, für Veruntreuung und Korruption oder ähnliche Delikte zur Rechenschaft gezogen werden.

Auch wenn das Parlament zur Zeit eifrig bemüht ist, in den verschiedenen Untersuchungskommissionen Licht in die Affären zu bringen und viele Personen unter Verdacht oder Anklage stehen, ist noch keineswegs gewiss, wer am Ende tatsächlich zur Rechenschaft gezogen wird. Aufgrund der bisherigen Erkenntnisse hat die Ethikkommission der Abgeordnetenkammer gegen 18 Parlamentarier ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, das mit dem Mandatsentzug enden könnte. Darunter sind mehrere PT-Abgeordnete, an ihrer Spitze José Dirceu und João Paulo Cunha, der vorherige Präsident der Abgeordnetenkammer, sowie der bisherige PTB-Vorsitzende Roberto Jefferson, der mit seinen Aussagen das politische Erdbeben ausgelöst hatte. Dass Jefferson sein Mandat verliert, gilt zwar als sicher, ob aber Dirceu als der zentrale Drahtzieher zur Rechenschaft gezogen wird, ist offen. Noch immer verfügt er über starken Rückhalt innerhalb der PT und in seiner Verteidigungsschrift hat er nun u.a. ausgeführt, dass er, der nach Aufgabe seines Kabinettspostens sein ruhendes Abgeordnetenmandat wieder aufnahm, nun nicht als Abgeordneter für Taten zur Rechenschaft gezogen werden könnte, die er als Minister begangen habe... Da möglicherweise noch etliche Abgeordnete fürchten, in den Strudel des Skandals gezogen zu werden, ist es gut möglich, dass es am Ende im Plenum des Hauses keine Mehrheit für den Mandatsentzug mehrerer Kollegen gibt.

Auch die wichtigsten Geldschieber können sich bisher frei bewegen. Zwar haben sie vor den parlamentarischen Untersuchungskommissionen bisher so gelogen, dass sich die Balken biegen, wie durch spätere Aussagen und Informationen immer wieder bekannt wird. Doch die wichtigsten Drahtzieher der Affäre haben sich vor ihrer Aussage im Parlament einen „*habeas corpus*“, freies Geleit, vom Obersten Gericht versichern lassen.

Ein Ende der Affäre als Pizza wäre nicht nach dem Geschmack der brasilianischen Öffentlichkeit. Aber es ist kaum damit zu rechnen, dass die Krise bis zu den Wahlen des nächsten Jahres weit reichende personelle Konsequenzen hat. Nur eines ist gewiss: die Regierungsarbeit bleibt gelämt und das Land verliert wertvolle Zeit. Aber das scheint manche Politiker nicht wirklich zu interessieren.